

Abg. Ilse Hans

**KRITISCHE FRAGEN
ZUM UMWELTSCHUTZ**

ZUR PERSON DER AUTORIN

Frau Abg. Ilse Hans lebt in Mödling, Jahrgang 1957. Sie setzte Ihre ersten politischen Aktivitäten zwischen 1976 und 1978 in der "ARGE-Nein zu Zwentendorf" bis zur erfolgreichen Volksabstimmung.

Anschließend nach Gründung der Partei "Vereinte Grüne Österreichs" durch Prof. Tollmann, Prof. Konrad Lorenz u.a. hat sie dort einige Jahre folgende Funktionen ausgeübt:

N.Ö. Landespartei sekretär, stellv. Bundesvorsitzende und Proponent des "Ökologischen Bildungswerkes".

1986 nach endgültiger Verärgerung über die Entwicklung der Grünen, erste Zusammenarbeit mit der FPÖ im Rahmen des "Anti-Privilegien-Volksbegehrens".

1987 Parteiwechsel zu der Haider-FPÖ, Arbeit als stellvertretende Stadtparteiobfrau von Mödling und als Bezirksorganisationsreferent sowie, im freiheitlichen Bildungswerk.

1988 Einzug in den NÖ-Landtag für die Schwerpunktthemen Umwelt, Gesundheit und Soziales.

KRITISCHE FRAGEN ZUM UMWELTSCHUTZ

In einem umfassenden und zugleich poentierten Referat legte Frau Abg. Ilse Hans bei der 25. POLITISCHEN AKADEMIE DER AFP die ganze Problematik des Umweltschutzes, besser gesagt der Gefährdung unserer Umwelt in allen Lebensbereichen dar.

Diese Feststellungen, Daten, Hinweise und Informationen halten wir, für so wichtig, um Ihnen den Vortrag in einem eigenen INFORMATION SHEFT vorzulegen.

Immer wieder taucht in der Diskussion aber auch die Frage auf: "Ja, was sollen wir denn überhaupt tun?" oder auch die Feststellungen (wie sie auch nach dem Referat bei der Akademie zu hören waren) "Da können wir uns eigentlich gleich aufhängen".

Unsere Haltung war immer von Gläubigkeit geprägt. So lange wir leben, ist unser Volk nicht verloren. Und wie Beispiel zeigt...

So lange wir leben, können wir aber auch etwas für die Rettung unserer Umwelt tun – denn das Schicksal unseres Volkes und die Rettung seiner Umwelt und Innenwelt sind untrennbar miteinander verbunden.

Wir haben daher Frau Abg. Hans nach dem Referat einige Fragen gestellt und wir bringen die Antworten zu Beginn des Heftes.

FRAGE 1: Der Verkehr wird mörderisch, das Auto ist zur Gefahr geworden. Andererseits wäre es unrealistisch, das "Kraftfahrzeug" aus der Wirklichkeit des Jahres 1991 wegzudenken. Was können wir tun und was soll geschehen, um aus dem Auto keine Waffe zu machen?

ANTWORT: Damit das Auto nicht zur tödlichen Waffe wird muß diese Umweltbombe möglichst entschärft werden. Also: "laden" mit bleifreiem Benzin, den Schadstoffausstoß mit Katalysator eindämmen, gleiten statt hetzen. Auch für die Waffe Auto gilt: auf den gezielten Gebrauch kommt es an. Umweltbewußte Städteplaner wollen den Individualverkehr aus der Großstadt verbannen. Weltstädte wie London, Zürich, Tokio gehen bereits mit gutem Beispiel voran. Dort werden bereits Millionen von Menschen mithilfe flächendeckender, öffentlicher Verkehrsmittel befördert. Ich bin sicher, daß schon jetzt z.B. viele Wiener, die in Wien arbeiten und wohnen, auf ihr Auto verzichten könnten, wenn sie nur wollten. Noch ein Hinweis: Fahrgemeinschaften bilden spart Benzinmunition!

FRAGE 2: Welches Verkehrsmittel soll in der Zukunft bevorzugt eingesetzt und verwendet werden?

ANTWORT: Die Zukunft gehört der Bahn. Sobald ein wirklich flächendekendes Bahnnetz zu angemessenen Fahrtarifen zur Verfügung steht, werden auch mehr Menschen den Schienenverkehr in Anspruch nehmen.

Darüber hinaus wird es auch in Zukunft Berufs- und Bevölkerungsgruppen geben, die ein Auto brauchen. Es wird ein Elektroauto, gespeist mit Solarenergie, sein. Die Autoindustrie arbeitet bereits fieberhaft an dieser technischen Neuerung.

FRAGE 3: Es ist klar, daß Straßenbau den Verkehr anheizt und Boden vernichtet. Andererseits stöhnen die Menschen in vielen Ortschaften wegen des Verkehrs und verlangen Umfahrungen. Wo liegen die Grenzen des Straßenbaus?

ANTWORT: Die Grenzen des Straßenbaus liegen in der begrenzten Belastbarkeit von Öko-Systemen und der noch zumutbaren Gesundheitsgefährdung des menschlichen Organismus. Ärzte warnen bereits jetzt vor dem gehäuftem Auftreten von asthmatischen Erkrankungen, von nervösen Störungen aller Art, von Herzerkrankungen durch Abgas- und Lärmbelastung in den Verkehrsballungszentren. Forstexperten sind der Ansicht, daß wir den Schadstoffausstoß aus Industrie, Hausbrand und Verkehr innerhalb der nächsten 5 bis 10 Jahre auf das Niveau von 1950 senken müssen, um den Wald zu retten. Also: lieber keine neue Autobahnen bauen lassen. Ortsumfahrungen sollten dort errichtet werden, wo die örtliche Lärmbelastung oder Unfallgefahr wirklich unzumutbar ist.

FRAGE 4: Energiesparen ist sicher die Zukunft. Aber ohne Energiequellen werden wir nicht auskommen. Welcher Energiequelle ist der Vorzug zu geben? Welche Energiequellen müssen verschwinden? Welche Energiequellen müssen kommen?

ANTWORT: Der weltweite Ausstieg aus der Atomenergie ist unbedingt anzustreben. Der Verbrauch an fossilen Brennstoffen also an Öl, Erdgas, Kohle ist schrittweise zu drosseln. Gefördert werden sollte die Nutzung der Sonnenenergie, sowie der Wind- und der Wasserkraft (Kleinkraftwerke!). Nahversorgungsnetze zur Raumheizung und Warmwasseraufbereitung könnten mit Biogas aus der Landwirtschaft oder mit Biomasse (Holz, Stroh) gespeist werden. Auch Erdwärme und Abwärme (aus der Industrieproduktion) sollten genutzt werden.

FRAGE 5: Welche Gesetze könnte ein im Volksinteresse geführter Staat kurzfristig erlassen, um die Gesundheit seiner Bürger zu sichern und zu erhalten. Ohne Rücksicht auf Wachstum und Industrie?

ANTWORT: Es gibt bereits eine Vielzahl von Gesetzen, die die Umwelt schützen sollen. Es gibt z.B. ein Abfallwirtschaftsgesetz, ein Luftreinhaltegesetz, ein Wasserrechtsgesetz, ein Chemikaliengesetz oder das Naturschutzgesetz. Diese Gesetze aber sind halbherzig formuliert. Der Gesetzgeber hat auf viele Interessen Rücksicht genommen, am wenigsten aber auf die bedrohte Natur. Wichtig wäre eine Generalvollmacht, eine übergeordnete Kompetenz für den Umweltminister. Um unsere Lebensgrundlagen

zu retten müsste der Minister in allen politischen Fragen das letzte Wort haben. Dann bräuchten wir noch ein Bundesgesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung. Alles, jedes Bauvorhaben, jedes Projekt, jeder Konsumartikel, jede neue chemische Verbindung, ja jedes Umweltgesetz müsste auf Umweltverträglichkeit geprüft werden, um dann bewilligt zu werden oder auch nicht...

FRAGE 6: Müllvermeidung ist notwendig und auch eine Frage der Volks-erziehung. Aber welche Gesetze könnte ein Staat erlassen, um den Müllberg zu stoppen?

ANTWORT: Wir brauchen:

- a) ein Verbot für den Import von Müll, vor allem von Sondermüll und Atom-
müll
- b) ein Produktionsverbot von besonders schädlichen Artikeln und Ver-
packungen
- c) Pfandsysteme auf Wiederverwertbares
- d) flächendeckende Mülltrennungs- und -sammelsysteme (in jeder
Gemeinde!)
- e) Betriebe sollten gezwungen werden für ihre Produktpalette bzw. ihre
verwendeten Chemikalien einen Entsorgungsnachweis zu erbringen.
- f) notfalls muß die Regierung Rohstoff- und Energiesteuern einführen, um
zumindest Luxusartikel und Wegwerfprodukte zu verteuern. In diesem
Zusammenhang ist allerdings darauf zu achten, daß die lebensnot-
wendigen Anschaffungen für alle erschwinglich bleiben.

FRAGE 7: Die Gefahren von Deponien, besonders für gefährliche Stoffe ist klar. Andererseits wird Müll, auch Problem-
müll, einfach produziert und ist da. Auch wenn wir das weitere Entstehen stoppen. Diesen Müll können wir ja nicht endlos mit Zügen durch Europa schicken. Also brauchen wir Deponien. Wo und wie sollen diese angelegt werden?

ANTWORT: Deponien sollte nur nach ökologischen Studien (Untersuchung der Geologie, der Hydrologie, der Klimaverhältnisse etc.) und nach gesamtwirtschaftlichen Überlegungen (z.B. kein Atom-
müllendlager in einem Kurort) an einem wirklich geeigneten Standort errichtet werden. Derzeit scheinen Deponien dort geplant zu werden, wo mit wenig politi-
schem Widerstand zu rechnen ist, das aber ist die falsche Entscheidungs-
grundlage! Deponien müssen technisch überwachbar angelegt werden. Das Sickerwasser und die Deponiegase z.B. müssen abgefangen und
regelmäßig untersucht werden. Für besonders giftigen Müll müssen hängende Deponien gebaut werden, die auch von unten her kontrollier-
bar und reparierbar sind.

FRAGE 8: Vielfach taucht der Verdacht auf, daß mit dem Wort BIO einfach Unfug betrieben wird. Biogemüse neben Autobahnen, angeboten an

Hauptverkehrsstraßen ist sicher auch ohne Kunstdünger ein Unfug. Wie könnte das Wort BIO geschützt und verteidigt werden?

Antwort: Die Bezeichnungen BIO bzw. "umweltfreundlich, umweltneutral" werden heute in der Werbung vielfach zu unrecht verwendet, um ein Produkt erfolgreich anzupreisen. Immer wieder entlarvt die österreichische Konsumentenberatung, die auch Warentests durchführt, die Geschäftemacher ihres "Öko-Schmäh". Da stellt sich dann z.B. heraus, daß das neue, phosphatfreie Waschmittel in seiner chemischen Zusammensetzung giftiger ist, als die ursprüngliche Waschmittelmarke mit Phosphat. Für alles, was auf den Markt kommt, ist zu fordern:

eine genaue Produktdeklaration, eine Aufschlüsselung der Inhaltsstoffe, eine eindeutige Kennzeichnung zur Unterscheidung von Bio- und anderen Waren. Für besonders giftige Erzeugnisse sollte jede Werbung verboten werden, sie sollten in Geschäften auch extra aufbewahrt werden. Ein Gesetz gegen die Irreführung der Konsumenten wäre nicht schlecht.

FRAGE 9: Was könnte der Bauer tun, um ohne weiteren Einkommensverlust gesunde Produkte zu erzeugen?

ANTWORT: Der einzelne Bauer ist natürlich relativ machtlos. Gemeinsam mit anderen aber kann er zumindest in Streik treten, demonstrieren oder sein Recht auf kostendeckende Preise einklagen, wie dies im Zusammenhang mit dem Milchpreis bereits der Fall ist. Die Regierung hat dafür zu sorgen, daß der Bauer vor Billigimporten geschützt wird. Sie muß Qualitätproduktion etwa aus biologischem Anbau fördern, Massenproduktion und Export sollten nicht mehr geschützt werden. Die Agrarbürokratie, die viel Geld verschlingt, gehört zurückgedrängt. Direktvermarktung bäuerlicher Erzeugnisse muß erleichtert werden. Wir Konsumenten müssen in jeder Form an gesunden, natürlichen Lebensmitteln aus dem Inland Interesse zeigen.

FRAGE 10: Welche Kunststoffe müßten kurzfristig aus unserem Leben verschwinden, bzw. welche Kunststoffe müßten wir fördern und entwickeln?

ANTWORT: Unter der Vielzahl von Kunststoffen ist PVC am genauesten untersucht. Wegen seiner krebserregenden Wirkung sollte PVC als Verpackungsmaterial verboten, aus der Bauindustrie möglichst verbannt werden. Von anderen Kunststoffen z.B. von Polysterol weiß man, daß sie Leukämie, Schädigungen des Zentralnervensystems und Nieren- und Leberschädigungen hervorrufen können. Die meisten Stoffe bzw. ihre Ersetzbarkeit muß jedoch noch weiter geprüft werden.

STERBEN WIR AUS ?

Dr. Wilfried Feichtinger, Univ.Do. auf der 2. Wiener Frauenklinik hat Ende Februar dieses Jahres mit Untersuchungsergebnissen schockiert. Die Schlagzeile von damals lautet: "Wiener Arzt schlägt Alarm: Tschernobyl-Caesium in weiblichen Eizellen. Unfaßbar: Hälfte aller Frauen unfruchtbar." Tatsächlich hatte der Mediziner nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl vor vier Jahren begonnen, die Bläschenflüssigkeit der Eizellen für In-vitro Befruchtungen nach etwaigen Schädigungen zu analysieren. Sein Kommentar zum Untersuchungsergebnis: "Ohne Panik machen zu wollen, Paare, die Kinder wollen, sollten es jetzt tun. Es ist nicht auszuschließen, daß die Menschen in Europa ihre Zeugungsfähigkeit einbüßen werden."

Aber das ist noch lange nicht alles. Schon einmal hat Dr. Feichtinger internationale Aufmerksamkeit erregt, nämlich als er am Hamburger Institut für Hormon- und Fortpflanzungsstörungen die Eibläschenflüssigkeit von Frauen auf Düngemittelrückstände untersuchte. Ergebnis: in der durch Punktation entnommenen Flüssigkeit fanden sich genügend Insektizide und Fungizide. Und jene Frauen mit hoher Schadstoffkonzentration erwiesen sich als unfruchtbar.

"Stirbt der Europäer aus?" ist die schreckliche Frage, mit der sich nun auch Umweltschützer auseinandersetzen müssen. Die Langzeitwirkung der Umweltverseuchung auf den menschlichen Organismus ist noch nicht abzuschätzen.

SCHADSTOFFE IN DER MUTTERMILCH

Sicher ist jedenfalls, daß werdende Mütter im Mittelpunkt der Umweltverschmutzung stehen. Im oberen Inntal, entlang der Transitverkehrsrouten finden wir das siebenfache an Blei in der Muttermilch. In der Nähe von Müllverbrennungsanlagen finden wir Dioxinkonzentrationen in der Muttermilch. In einigen Ländern Europas ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis Mütter ihre Säuglinge nicht mehr stillen dürfen.

Das sind Umweltkatastrophen, die unter die Haut gehen.

Mütterberatungsstellen werden es künftig sehr schwer haben. Aber junge Familien, die Rat brauchen, suchen heute ohnehin lieber gleich Umweltberatungsstellen auf. Und die Frage an den Umweltberater lautet nicht mehr: "wie schütze ich die Umwelt?" Die Frage lautet: "wie schütze ich mich vor dieser Umwelt?"

Natürlich kann man werdende Mütter auch heute gut beraten. Natürlich kann man für die Sicherheit der Schwangeren etwas tun. Aber dann muß ich sie auffordern:

- 1) Meiden Sie Ihr Trinkwasser: Nitrate bewirken Säuglingssterblichkeit !
- 2) Meiden Sie Ihr Trinkwasser: chlorierte Kohlenwasserstoffe fördern Krebs !
- 3) Durchlüften Sie Ihre Wohnung regelmäßig, auch wenn Benzindampf eindringt: das Formaldehyd in ihren Teppichen und Tapeten ist noch giftiger !
- 4) Schließen Sie Fenster und Türen bei Sonnenschein ! Ozon reizt die Atmungsorgane!
- 5) Verlassen Sie das Freie bei Schönwetter ! Ozon schwächt das Immunsystem ! Und
- 6) Merken Sie sich: der gesündere Urlaub ist jener an der Hauptverkehrsstraße. Überall sonst lauert Ozongefahr !

Politiker wissen, daß man mit solchen Ratschlägen keine Wahl gewinnen kann. Politiker kennen ihre Existenzgefährdung. Politiker, die überleben wollen, brauchen ein gutes Umweltprogramm.

Also haben sich die Regierungen etwas einfallen lassen. Nun haben sie

FÜR JEDES UMWELTPROBLEM EIN GUTES WORT ...

Immerhin: das Beruhigungsvokabular beginnt mit "A" wie "Aufklärung" und endet mit "Z" wie "Zukunftsperspektive" Praktisch geht jede Regierung nach den Buchstaben der Gesetze vor. Wo mehr verlangt wird, folgen Schlagworte.

Und hier sind die üblichen Versprechen- in alphabetischer Reihenfolge:

Abfallberater, Betriebsberater, Chemieexperten sollen für

mehr Umweltbewußtsein sorgen. Düngemittelberater, Energieberater und Forstexperten ebenso. Es folgen Gutachter, Harmonisierungsbestrebungen, Informationspakete und Jahrespläne. Konsumentenschutz, Langzeitperspektiven, Müllvermeidung und Ortsbildpflege werden großgeschrieben. Produktverbote, Querschnittanalysen, Recyclingparks werden in Aussicht gestellt. Schadstoffanalysen und Trinkwasserkontrollen sollen greifen. Und wenn dann die Umweltpolizei das Verursacherprinzip anwendet und die Wirtschaft ihre Wertstofflager verwaltet, dann werden x Umweltprobleme zeitgerecht gelöst sein. Ja, wenn ...

MAULKORB FÜR DIE UMWELTSCHUTZANSTALT

Aber die Niederösterreichische Landesregierung z.B. glaubt sich selbst nicht mehr. Warum sollte sie sonst unserer Umweltschutzanstalt einen solchen Maulkorb verpassen? Warum legt die Landesregierung plötzlich solchen Wert darauf, nur noch selbst über den Zustand unserer Umwelt öffentlich zu berichten?

In meinem Bundesland gibt es eine Umweltschutzanstalt. Künftig darf sie zwar noch Wasser untersuchen, aber keinen reinen Wein mehr dazu einschenken. Sie darf zwar noch Müll deponieren, aber keine Stellungnahme dazu. Sie darf zwar noch Kläranlagen klären, nicht aber die Umweltsituation. Der Jahresbericht der Umweltschutzanstalt wurde abgeschafft. Und die Angst im Lande wächst.

DER WIDERSTAND WÄCHST

Das Katastrophenvokabular der Umweltschützer reicht von "A" wie "Atomgefahr" und "Altlasten" bis "Z" wie "Zeitbombe" und "Zuspätkommen". Das Katastrophenverzeichnis über Umweltgefahren wächst. Ebenso steigt die Anzahl jener Menschen an, die Widerstand leisten.

Die erste Bürgerbewegung gegen Umweltzerstörung hat sich anlässlich der zu verhindernden Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes in Zwentendorf formiert. Die Besetzung der Hainburger Au gegen den Bau eines Wasserkraftwerkes war der zweite Anlaß zu einer bundesweiten Großdemonstration. Und diese Protestbewegung hat sich weiterentwickelt.

"Nur unsere Politiker glauben, daß es eine breite Bürgerbewegung wie im ehemaligen Ostblock bei uns nicht gibt. Aber sie irren," schreibt eine Wochenzeitung vor einiger Zeit. "Tausende Bürger rebellieren gegen die Willkür der Obrigkeit" kann man lesen. Der Berichterstatter begründet diese Entwicklung folgendermaßen: "Mit den althergebrachten demokratischen Mitteln kommen die Österreicher längst nicht mehr aus, wenn es darum geht, Übergriffe der Obrigkeit auf den eigenen Lebensraum zu verhindern." In dem Artikel über Widerstand heißt es weiter: "Meist beginnt es als loser Zusammenschluß engagierter Betroffener. Sie wollen Stimmung erzeugen - mit wenig Geld, viel Mundpropaganda und aufrüttelnden Aktionen. Rund 1200 Bürgerinitiativen gibt es in unserem Land. Ihre Anliegen sind vielfältig. Es ist ein Kampf zwischen David Bürger und Goliath Bürokratie."

MULLNOTSTANDSTAG IN WIEN

Die " Müllplattform österreichischer Bürgerinitiativen" hat den 1. September 1990 zum Müllnotstandstag erklärt. An diesem Tag sind über Tausend Demonstranten aus allen Bundesländern zusammengetreten. Vor dem Parlament in Wien haben sie gegen Österreichs Müllberg protestiert. Vor dem Bundeskanzleramt hat die Protestbewegung ihre Müllthesen angeschlagen. Anschließend sollten Bundespolitiker zur Müllfrage Rede und Antwort stehen. Aber viele Politiker waren erst garnicht gekommen - oder sie wußten keine Antwort.

Österreichs Hausmüllberg ist nicht weniger als 2,7 Millionen Tonnen schwer. 2,7 Mio Tonnen Hausmüll: damit kann man einen Zug füllen, von Wien bis New York. Und das jedes Jahr! :-

Österreichs Industriemüllberg ist 6 bis 10 mal so hoch, das Industriemüllaufkommen 6 bis 10 mal so hoch. Dazu kommen noch 600 000 Tonnen Sondermüll jährlich, eine Menge Atommüll und nicht zu vergessen: hundert Tausende Tonnen Abluft, Abwasser, Klärschlamm und Bodeneintrag. Soviel Müll ist nicht zu greifen, nicht zu begreifen, soviel Müll

macht fassungslos.

"Es ist 5 vor 12!" warnt die Müllplattform und meldet weiteren Widerstand an. "Wir ersticken im Müll!" rufen die Demonstranten, und ich fürchte, sie haben recht.

VORLÄUFIGE NOTLÖSUNGEN

Das Deponieren von allem, was abfällt, ist keine Dauerlösung: Lebensraum ist kostbar und wir haben bereits 35 Millionen Kubikmeter Österreichs zur Abfalldeponie gemacht, "wilde Ablagerungen" nicht mitgezählt. Deponieraum ist nur beschränkt zur Verfügung und wir haben bereits 183 riesige Abfalldeponien in unserem Land, die ca. 3000 Altlasten nicht mitgerechnet. Und jede Deponie wird einmal undicht, jede. Keine Deponiebeschichtung ist den hunderttausenden Chemikalienverbindungen gewachsen, die wir endlagern. Jede dieser Deponien wird einmal unser Grundwasser bedrohen. Wielange werden wir uns das leisten können?

Auch das Verbrennen von allem, was abfällt, ist keine Dauerlösung: Aus dem Rauchfang der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig in Wien entweichen jährlich, trotz sogenannter Rauchgasreinigung, 350 Tonnen Stickoxide, 25 Tonnen Schwefeldioxid, 80 Tonnen Kohlenmonoxid, 5 Tonnen Salzsäure, eine halbe Tonne Fluorwasserstoff sowie hochgiftige Dioxine und Furane, diese reichern auch den Boden an. Und die gefährliche Schlacke aus dem Verbrennungsofen mit einem Müllrestvolumen von 15% muß erst deponiert werden, ebenso der sogenannte Filterkuchen aus der Rauchgaswäsche. Mithilfe von Müllverbrennungsanlagen verlagern wir also nur das Problem. Der Giftmüll landet durch thermische Verwertung teils in der Luft und teils im Boden. Deponieren ist keine Lösung. Das Verbrennen unserer Abfallrohstoffe ebensowenig.

Auch das Exportieren von allem, was abfällt, ist keine Dauerlösung: Einige Jahre lang haben wir unseren Mist in den Entwicklungsländern abgekippt. Aber es kann nicht mehr lange dauern, bis sich die fremden Völker gegen unseren Mist erheben. Und es wird nicht mehr lange dauern, bis die Schadstoffe, die wir ausgeführt haben, über den Naturkreis-

lauf wieder zu uns zurückkehren.

Viele Menschen hoffen beim Müllnotstand auf die technische Lösung. Technischer Gewässerschutz, technische Luftreinhaltung, das gibt es doch, fragen sie. Ja, das stimmt.

Aber wir bringen z.B. 1 kg giftiges Cadmium (Rohstoffpreis S 50,-) durch chemische Industrie in Umlauf und müssen dasselbe kg Cadmium später um nicht weniger als 84 000,-S mühsam aus dem verdreckten Fluß holen! Wie lange ist es uns das wert?

Und noch ein zweites Beispiel für teure Umwelttechnologie: Techniker können heute die äußerst gesundheitsbedrohenden chlorierten Kohlenwasserstoffe durch Boden-Luftabsaugegeräte aus dem Boden filtern. Und nun arbeitet das Forschungszentrum Seibersdorf gerade an einer neuen Methode, chlorierte Kohlenwasserstoffe mithilfe von Elektronenbeschleunigern aus dem Trinkwasser zu beseitigen. Aber eine einzige Versuchsanlage wird Millionen Schillinge kosten. Wer soll die Milliarden zur Rettung des Trinkwassers in ganz Österreich aufbringen?

Viele Menschen haben inmitten des Müllbergs keine Hoffnung mehr. Und doch: es ginge auch anders.

WEG MIT DER MÜLLPRODUKTION !

Warum werden nach wie vor Produkte entwickelt und vermarktet, bei denen sich unlösbare Entsorgungsprobleme ergeben? Warum z.B. dürfen WC-Duftsteine aus Para-Dichlorbenzol noch immer verkauft werden, wo doch schon längst bewiesen ist, daß sie keinerlei bakteriologische Wirkung erzielen, aber eine hohe Gewässerbelastung bedeuten? Warum dürfen in Österreich noch immer Schädlingsbekämpfungsmittel in Verkehr gebracht werden, die in anderen Ländern schon längst verboten sind? Brauchen wir sie wirklich, die umweltschädlichen, "klingenden Telegramme" von der Post, warum sind sie noch nicht verboten?

Wer Antwort auf diese und ähnliche Fragen sucht, wird auf gewisse Zusammenhänge stoßen.

DAS GESCHÄFT MIT DEM MÜLL, DIE MÜLLIONÄRE:

Nicht einmal der Umweltminister in Österreich weiß, wieviel Sondermüll von den Betrieben produziert wird, und wohin die Gifte zum Schluß wirklich verschwinden.

Wahrscheinlich ist, daß die Müllpolitik in Österreich eine Katastrophe ist, weil man mit Müllentsorgung Geld verdienen kann. Die Errichtung von Recycling-Parks jedenfalls kann Geld bringen. Die Sanierung der Altlasten kann reich machen. Das Betreiben von Verbrennungsanlagen ist ein bomben Geschäft. "Die Müllbehandlung ist ein riesiger Wachstumsmarkt, im Mist liegen Milliarden", prophezeit eine Zeitung den kommenden Müllionären. Wer werden die Müllionäre sein?

Das verstaatlichte Energieversorgungsunternehmen, der "Verbund" möchte sich auf thermische Müllverwertung spezialisieren. Den Preis für das neue Entsorgungssystem wird eine staatliche Preiskommission festlegen. Bezahlen werden natürlich wir.

Die verstaatlichten Unternehmungen "Porr, Eberhardt" und "Teerag-Asdag" wollen sich um die Altlastensanierung bemühen. Über den Preis wird mit dem Umweltminister verhandelt. Bezahlen werden natürlich wir.

Die Mülldemonstranten fordern: "Stoppt die Müllproduktion! Stoppt den Verpackungswahnsinn!" Denn das Geschäft mit dem Müll ist ein Faß ohne Boden. Die "Müllplattform" verlangt: "Keine Entsorgungsanlage ohne Umweltverträglichkeitsprüfung!" Denn das Geschäft mit dem Müll ist ein Geschäft auf Kosten unserer Gesundheit.

EINFALLE STATT ABFALLE

Die größte Lüge in der Mülldiskussion heißt: es gibt keine Alternative. Die Wahrheit ist: wir hätten viele Möglichkeiten.

Eine englische Firma z.B. hat das Patent für einen neuen biologisch abbaubaren Kunststoff erworben. Das sogenannte "Biopol" wird von Bakterien in einer Zucker-

lösung hergestellt. Der Stoff und seine Abbauprodukte sind wirklich ungiftig und umweltneutral. Biopol hat aber ähnliche Eigenschaften wie PVC und kann zu Verpackungen und medizinischen Produkten verarbeitet werden.

Auch chemische Pflanzenschutzmittel sind ersetzbar: aus Samen und Blättern des Niem-Baumes, eines Mahagony-Gewächses z.B. lassen sich sehr wirkungsvolle Insektizide gewinnen, für den Menschen und für Säugetiere in der Anwendung völlig ungefährlich. Biologischer Pflanzenschutz ist eine Lösung. Nur- die chemische Industrie sieht das leider anders.

Und noch ein drittes Beispiel dafür, daß Müll nicht so giftig sein müßte: auch unsere Wäsche könnte umweltfreundlicher gewaschen werden. Mit Roßkastanie könnte man Wäsche waschen. Die Seifenrückstände wären weit gefahrloser als synthetische Tenside und im übrigen innerhalb von zwei Tagen vollständig abgebaut. Warum interessiert sich kein Waschmittelhersteller für neue Forschungsergebnisse? Muß denn alles immer so weitergehen, wie bisher?

"Wir wehren uns gegen jede neue Deponie und Müllverbrennungsanlage bis ein flächendeckendes, ökologisches Abfallvermeidungs- und bewirtschaftungskonzept besteht", kündigt die "Müllplattform österreichischer Bürgerinitiativen" ihren Widerstand an. Diese Ankündigung ist ernst zu nehmen.

AUCH EIN VERKEHRSKONZEPT IST GEFRAGT

Auch die Verkehrslage um uns ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Das Verkehrsproblem könnte das einzige Umweltproblem sein, das sich in absehbarer Zeit von selbst zu lösen beginnt. Wenn alle immer dorthin wollen, wo sie gerade nicht sind, kommt niemand mehr vom Fleck. Das erleben wir jeden Tag. Daß Fahrzeuge immer mehr zu Stehzeugen werden, das stehen wir nicht mehr durch. Das innerstädtische Autotempo von 12 bis 15 Stundenkilometern in der Stoßzeit liegt bereits unter der Geschwindigkeit

eines sportlichen Radfahrers. Wenn das kein Anstoß ist? Wenn das nicht Hoffnung gibt? Die Hoffnung heißt "Verkehrskonzept" und diese Hoffnung sollten wir niemals aufgeben.

Andernfalls wird sich der Verkehr von selbst lahmlegen, das weiß jedenfalls die Zeitschrift "Spiegel" zur deutschen Verkehrslage zu berichten. Nach einer Studie des Bundesverkehrsministeriums zur deutschen Wiedervereinigung schreibt der "Spiegel": "25 Millionen Bundes- und DDR-Bürger in 8,5 Millionen Autos werden sich dieses Jahr zum gemeinsamen Erleben des totalen Stillstands auf den Straßen vereinigen." Verkehrsinfarkt auf Deutschlands Straßen, haben wir wirklich nichts besseres vor?

"Halbverrückt vom Höllenlärm Tag und Nacht, halbkrepiert von Gasen und Schwermetallen werden sich die EG-Bürger erheben," prophezeit Günther Nennung in einem seiner Profil-Artikel. Der Aufstand verkehrsgeplagter EG-Bürger hat schon begonnen. Straßendemos, Autobahnbesetzungen, Verkehrsblockaden sind im kommen. Auch in Österreich werden Verkehrslawinen nicht mehr einfach hingenommen. Immerhin wird es in Österreich im Jahr 2000 tausend km Inntal-Verhältnisse geben, falls alle Autobahnlücken geschlossen werden. Immerhin werden dann 169 Millionen Tonnen Güter durch unser Land gekarrt werden, das ist doppelt soviel LKW-Transit wie jetzt. Transitland sein, wollen wir das wirklich?

"Wir haben dem Auto bereits genug geopfert!" warnt der österreichische Verkehrsexperte, Prof. Knoflacher. Immerhin sind 7 Millionen Österreicher bereits in 4,2 Millionen PKW 's unterwegs. Immerhin ist Österreichs Landschaft bereits mit einem Straßennetz von über 200 000 km Länge durchzogen, das ist eine Strecke, die 5 mal um die Erde reicht. Dem durchschnittlichen Österreicher stehen 160 m^2 Straße zur Verfügung, während er heute mit 15 m^2 Wohnfläche auskommen muß. Wollen wir unser Leben auf der Straße verbringen?

Es wird nicht leicht sein, ein gesamteuropäisches Verkehrskonzept zu erstellen und politisch durchzusetzen. Zur Verbesserung der verfahrenen Situation wird es nämlich nicht genügen, Verkehrsströme von einer Ebene auf die andere zu verlagern.

VERLAGERN GENÜGT NICHT

Straßenverkehrswege ausbauen, das wird keine Lösung sein. Noch mehr Straßen heißt noch mehr Straßenverkehr heißt noch mehr Belastung, die schon heute unerträglich ist. Und jede neue Straßenroute ist in Kürze wieder verstopft.

Alle Gütertransporte auf die Schiene verlegen, wird auch keine Lösung sein. Eine so große Masse an Gütern, wie wir sie täglich um die Erde schicken, kann auch die Bahn nicht führen, ohne daß diese zum Betonmonster wird, zum Landschaftsfresser, zum Menschenfeind.

Und was ist mit dem Luftverkehr? Auch hier ist das Maß schon mehr als voll. In den letzten drei Jahren hat der internationale Flugverkehr um ca. 40% zugenommen. Flughäfen sind genauso überlastet, wie die Autobahnen. Am Himmel ist die Hölle los. Und ein einziger Transatlantikflug mit einer Boingmaschine verbraucht mehr Sauerstoff als Österreichs Wälder in einem Jahr produzieren können. Verkehrsstau in der Luft bringt Atemnot auf Erden.

Ob wir im Verkehr ersticken werden? Jedenfalls wäre das nicht notwendig.

WARENAUSTAUSCH REDUZIEREN

Haben Sie gewußt, daß deutsche Kartoffeln in Italien gewaschen und geschält werden müssen, um sie anschließend nach Deutschland zurückgekartt dort verkaufen zu können? Ist Ihnen bewußt, welche weite Reise österreichische Frühstücksmilch zurücklegen muß? Derselbe Liter Milch wird unter Umständen in einem Bundesland abgemolken, im nächsten verarbeitet und im dritten erst verkauft und getrunken.

Die Hauptursache der massenhaften LKW-Warentransporte ist das Ergebnis internationaler und räumlicher Arbeitsteilung. Kaum ein Produkt wird noch an nur einem Orte hergestellt und verkauft. Für das übliche Herumfahren halbfertiger Produkte gibt es einen Fachausdruck, man nennt das Veredelungstransport. Veredelungstransporte z.B. von Kar-

toffeln werden staatlich subventioniert. Und das ist leider garnicht edel.

Dadurch daß das Warentransportwesen aus Steuergeldern gestützt wird, ist es für das Unternehmen kostengünstig. Weniger günstig ist das für den Steuerzahler. Das Heidelberger Umweltinstitut hat errechnet, daß LKW-Verkehr nur einen Teil der Kosten trägt, die er verursacht. Transporte sind viel billiger, als eine Volkswirtschaft es sich auf die Dauer leisten kann. Nach einer Studie decken die Steuern der LKW's einschließlich der Mineralölsteuer nur 70% der von Lastern verursachten Kosten für Bau und Reparatur von Straßen. Wenn der Straßengüterverkehr auch noch für Schäden an Natur und Mensch aufkommen müßte, wären LKW-Abgaben fünf bis neunmal so hoch anzusetzen. Aber es gibt die Folgekosten des Transitverkehrs. Es gibt die Unfallkosten, Luftverschmutzung, Waldsterben, Flächenverbrauch, Lärmschäden und Folgeerkrankungen. Es gibt horrende Folgekosten des Transitverkehrs. Wie lange werden wir alle dafür bezahlen können?

Wir brauchen nationale und internationale Warenstromanalysen und dann brauchen wir noch den Mut, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Verkehrsströme, der Warenaustausch muß sinnvoll gelenkt werden. Das politische System dazu dürfen wir uns aussuchen. Wir brauchen entweder eine neue Planwirtschaft mit ökologischen Rahmenbedingungen oder eine freie Marktwirtschaft auf der Basis von Kostenwahrheit.

ZURÜCK ZUR SELBSTVERSORGUNG

Der theoretische Weg aus der Verkehrskrise klingt einfach. Schließlich könnte bis zu 80% von allem, was da herumgefahren wird, im eigenen Land produziert und auch konsumiert werden. Also weg mit der internationalen Marktwirtschaft. Aber dazu brauchen wir eine andere Politik. Eine Politik, die der Verkehrslawine Herr werden will, muß Wohnen, Arbeiten, Konsumieren und sich Erholen wieder möglichst nahe zueinanderbringen. Eine Politik gegen die Verkehrsbelastung braucht eine ganz neue Raumordnung. Kurzfristig wird eine solche Politik nicht zu verwirklichen sein. Aber wirkliche Reformen sollten erst einmal in Angriff genommen werden.

REFORMIEREN TUT WEH

Die Versuchung, auf Reformen zu verzichten, ist groß.

Für den Kommunalpolitiker ist es sicher leichter, Pendlerhilfe aus Steuertopf zu gewähren, als in seiner Gemeinde für genügend Wohn- und Arbeitsplätze zu sorgen. Für den Landespolitiker ist es sicher leichter, schon vorhandene Straßen zu verbreitern, als mit dem Ausbau eines öffentlichen Verkehrsnetzes womöglich bei null zu beginnen. Noch ist weiterer Straßenbau in der Verkehrspolitik der Weg des geringsten Widerstands. Für den Bundespolitiker schließlich ist es bedeutend einfacher, bestehende Handelsabkommen zum internationalen Warenverkehr einzuhalten als internationale Beziehungen neu auszuhandeln.

Auf alle Fälle müßten wir alle, jeder von uns, zu den drängenden Verkehrsfragen Signale setzen. Wir sollten Verkehrsplaner, die es besser machen wollen, zumindest moralisch unterstützen. Aber sind wir nicht alle Gefangene des Individualverkehrs?

Wissenschaftlich erforscht ist, daß ein Autofahrer lieber zehn Minuten im Kreis fährt, als einen Parkplatz zu suchen, der ihm einen 300 m langen Fußweg aufzwingt. Und wieviele Berufstätige z.B. fahren heute lieber eine ganze Stunde früher als nötig Richtung Arbeitsplatz, nur um auf alle Fälle ganz in der Nähe der Arbeitsstelle parken zu können?

Unsere Freiheit muß mehr werden, als freie Fahrt auf unseren Straßen. Wir müssen viel beweglicher werden, als nur mit dem Fuß auf dem Gaspedal. So jedenfalls stellen sich heutige Straßenbesetzer die Zukunft vor.

ENTSCHEIDEND FÜR DIE ZUKUNFT: EIN ENERGIEKONZEPT

Ob die Völker Europas überhaupt noch Zukunft haben, wird vor allem auch davon abhängen, wie die Energiefrage gelöst wird. Natürlich werden wir Energie zum Überleben

brauchen. Natürlich ist es notwendig, Energienetze aufzubauen und zu erhalten. Aber nicht jedes Energienetz hat dieselbe Wirkung: das eine ist Sicherheitsnetz, das andere Fallstrick. Energiepolitik muß unterscheiden: zwischen Versorgungsnetzen und zwischen Todesfallen.

In das Kapitel "Energie aus Atomstrom" möchte ich nicht viele Worte investieren. Nur soviel: solange Atomkraftwerke in Europa in Betrieb sind, ist jede Sicherheitspolitik eine Illusion. Jeder weitere Tag, an dem wir uns von atomarer Verseuchung bedrohen lassen, macht apokalyptische Horrorvisionen wahrscheinlicher. Die gewaltigen Kräfte aus atomarer Kernspaltung könnten von einer Sekunde auf die andere jede unserer Fragen an das nächste Jahrtausend überflüssig machen.

ENERGIEPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK

Genauso unverantwortlich wäre es, den Verbrauch an fossilen Brennstoffen nicht zu drosseln. 1987 betrug der weltweite Ausstoß an Kohlendioxid 20 Milliarden Tonnen. Und Kohlendioxid ist nur einer von vielen Schadstoffen, die aus dem Rauchfang und dem Auspuff kommen. In der BRD fielen 1987 pro Tag zwei Millionen Tonnen Kohlendioxid an. Würde man diese Menge Schadstoff an den Emissionsquellen herausfiltern, in Trockeneis umwandeln und auf Eisenbahnwaggons verladen, hätte der Zug eine tägliche Länge von 850 km. Können Sie sich das vorstellen? Wenn diese Entwicklung anhält, ist die Klimakatastrophe nicht mehr aufzuhalten.

Das österreichische Umweltbundesamt hat unlängst eine Studie zum Thema: "Treibhauseffekt - Ursachen, Konsequenzen, Strategien" vorgelegt. Das Bedrohungsbild bedeutet: weltweiter Temperaturanstieg, Verlagerung der Vegetationsbreiten, Änderung der atmosphärischen und ozeanischen Zirkulation, Ansteigen des Meeresspiegels, Häufung extremer Wettersituationen. Die Folge: erhöhtes Risiko für Ernte und Viehbestand und Hungersnöte. Das Ende wäre ein harter Kampf um den letzten Lebensraum. Die ökologische

Katastrophe des Treibhauseffektes würde sicherlich durch militärische Auseinandersetzungen noch verschärft werden. Positiv ausgedrückt: die Basis für den Frieden in Europa ist ein realistisches Energiekonzept.

IST WASSERKRAFT "SAUBER"?

Aus dieser Perspektive ist es nicht verwunderlich, daß Energiedebatten immer hitziger ablaufen. Die Diskussion um die "saubere Wasserkraft" z.B. hat in Österreich schon vor Jahren bürgerkriegsähnlichen Notstand ausgelöst. Was blieb, ist ein schwelender Konflikt, der sich jederzeit wieder zuspitzen könnte. Das Streitpotential ist geladen und erzeugt Spaltungstendenzen quer durch alle politischen Parteien. Derzeit gelingt es weder den Befürwortern noch den Gegnern vom Bau weiterer Wasserkraftwerke, eine stabile Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu vereinen. Diese Unentschiedenheit ist für alle, die sich betroffen fühlen, äußerst unangenehm. Aber es ist auch die Garantie dafür, daß die Energiedebatte in Österreich noch nicht abgeschlossen ist. Der Weg zu einem umweltverträglichen Gesamtenergiekonzept ist noch nicht ganz verbaut.

Aus meiner Sicht ist der Bau von riesigen Wasserkraftwerken unrentabel. Schon der Naturverbrauch beim Bau des Kraftwerkes ist einfach zu hoch. Für den Bau des Kraftwerkes in Hainburg wären 1,2 Millionen Aubbäume zu fällen gewesen. Das hätte bedeutet: 1,2 Millionen gesunde Bäume weniger, die noch Jahrhunderte für uns atmen können. Das heißt: auch Kraftwerksbau verschlechtert unsere Luftqualität. Für den Bau des Kraftwerkes in Hainburg wären kilometerlange Staudämme zu errichten gewesen. Höhere Fließgeschwindigkeit des Wassers vermindert die Selbstreinigungskraft eines Flusses. Das heißt: Kraftwerksbau führt zu schlechterer Qualität unserer Trinkwasserreserven.

Dazu kommt die Unzuverlässigkeit von Wasserkraftwerken in der Stromerzeugung. Auch die Donau führt im Winter weniger Wasser als im Sommer. Wasserkraftwerke liefern im Winter also weniger Energie. Wenn viele Österreicher im kalten Winter die saubere Elektroheizung einschalten, muß das Energieversorgungsunternehmen Kohlekraftwerke anheizen, damit das Energienetz nicht zusammenbricht. Sehen Sie den

Teufelskreis?

Daß die Verbundgesellschaft gerne Kohlekraftwerke anheizt, hat seine Ursachen. Der Grund dürften abgeschlossene Handelsverträge sein. So wurde z.B. an Polen ein 300 Millionen US-Dollar Kredit gewährt. Die polnische Währung, in der zurückgezahlt werden soll, heißt Steinkohle. Jetzt haben wir also nur noch die Wahl: sollen wir bereits vorbezahlte polnische Steinkohle im Kohlekraftwerk Dürnröhr verheizen und damit den Treibhauseffekt ankurbeln oder müssen wir auf zweierlei verzichten, auf die Kohlenenergie und auf die Kreditgelder? Kein Wunder also, daß Politiker sich scheuen, auf dem Energiesektor Entscheidungen zu treffen. Der Karren ist ziemlich verfahren.

ENERGIE BESSER NUTZEN

Umweltschützer sind angeblich gegen alles und haben, so sagt man, kein Energiekonzept. Das stimmt nicht. Umweltschützer treten für Energiesparmaßnahmen ein und z.B. für die Nutzung der Sonnenenergie.

Viele Menschen verbinden mit dem Stichwort "Energiesparen" eine Politik des "Gürtel-enger-schnallens." Sie glauben, daß das etwas mit Kienspan und kaltem Frühstückskaffee zu tun hat. Da ist die Angst, daß die Lichter ausgehen werden, der Aufzug steckenbleibt und auch die Waschmaschine. Doch so ist Energiesparen nicht gemeint.

Was mit Energiesparen wirklich gemeint ist, dazu möchte ich Ihnen ein konkretes Beispiel bringen. Es ist eines von unzähligen Beispielen und ist durch Studien belegbar:

Der Bau des Wasserkraftwerkes in Hainburg hätte uns 11,5 Milliarden S Steuergelder gekostet. Investiert man diese Summe nicht in das Kraftwerk sondern in Wärmedämmmaßnahmen an unseren Gebäuden, spart man doppelt soviel Energie ein, als das Wasserkraftwerk produzieren könnte.

Eine Quelle hoher Energieverluste bei Gebäuden sind die gegen den Dachboden hin meist schlecht isolierten Obergeschosßdecken. Gegen den Energieverlust gibt es ein einfaches Rezept. Man verlege auf dem Dachboden Glas oder

Steinwolle in der Stärke von 20 cm über jenen Zimmern, die beheizt werden. Das Institut für Energiewirtschaft hat errechnet, daß die durchschnittlichen Kosten für Wärmedämmung dieser Art S 210,- pro Quadratmeter ausmachen. Um die 11,5 Milliarden S, die das Kraftwerk Hainburg kostet, wären 54,8 Millionen m² Obergeschoßdecke sanierbar. Für gleiche Raumtemperatur müßte anschließend weniger geheizt werden, was, wie gesagt, doppelt soviel Energie einsparen würde, als das Kraftwerk um das gleiche Geld liefern könnte.

Dieses Rechenbeispiel zum Thema "Energie besser nutzen" wirkt sehr überzeugend. Dieses Beispiel für eine neue Energiepolitik beweist noch etwas ganz wichtiges: Investitionen in Energiesparprogramme schaffen wesentlich mehr Arbeitsplätze, als die E-Wirtschaft mit ihren Großprojekten zur Verfügung stellen kann. Energiesparmaßnahmen bringen dem Klein- und Mittelgewerbe tausende von sinnvollen Arbeitsplätzen. Kraftwerksbau beschäftigt Baumaschinen, Wärmedämmung beschäftigt Handwerker, das ist der wesentliche Unterschied.

SONNENENERGIE IST UMWELTFREUNDLICH

Zusätzliche Energie sollte in Zukunft aus der Sonne kommen. Die Oberösterreichische Landesregierung hat diesen Überlegungen bereits rechnung getragen. In diesem Bundesland bekommt jeder Haushalt, der etwa eine Solaranlage zur Warmwasseraufbereitung installiert, eine Förderung von S 12 000,- bar auf die Hand.

Ein Quadratmeter Kollektorfläche substituiert nachweislich mehr als 100 l Heizöl oder 350 kWh elektrische Energie im Jahr. Österreichweit könnten daher durch die Nutzung von Sonnenenergie hunderttausende Holz-, Kohle-, Gas- oder Öl-Verbrennungsanlagen im Sommerhalbjahr stillstehen und im Winter mit halber Kraft fahren. Das wäre ein Beitrag zur Luftreinhaltung, gegen den sauren Regen, gegen das Waldsterben. Ich bin überzeugt, daß jeder Regierung die Förderung von Solaranlagen billiger kommt, als die Folgekosten unvermeideten Waldsterbens. Und auch ein flächen-

deckendes Ausbauprogramm für Solartechnologie würde tausende, dezentrale Arbeitsplätze schaffen.

Warum kann man mit solchen Vorschlägen vorläufig so wenig Gehör finden? Warum werden solche Konzepte immer wieder totgeschwiegen oder lächerlich gemacht?

Vielleicht, weil Dezentralisierung auf dem Energiesektor den Interessen des energieversorgenden Monopolbetriebes zuwiderlaufen. Wahrscheinlich, weil gerade in der österreichischen Energiewirtschaft komplexe Machtstrukturen vorherrschen, die sich so einfach nicht zerschlagen lassen. Aber niemand sollte uns hindern, an Systemen zu rütteln, die lebensfeindlich sind !

DAS SYSTEM ÄNDERN

das ist die schwere, übergeordnete Aufgabe, um die auch Umweltschützer nicht herumkommen. Umweltpolitik muß mehr werden als oberflächliche Naturkosmetik. Deshalb ist es für Umweltschützer so schwer, sich durchzusetzen.

Die Ausgangsposition für Umweltschützer ist wenig ermutigend. Die Ausgangslage ist fatal, zu viel ist schon zerstört worden: es gibt fast keine Kulturstädte mehr, nur Ballungszentren. Es gibt keine Vaterländer mehr, nur Handelszonen. Es gibt keine Lebensräume mehr, nur Wirtschaftsräume. Und wir sind die Gefangenen, im Handelsnetz zwischen Verkehrsknotenpunkten. Wir sind die Gefangenen, die sich selbst befreien müssen.

Wie ist es denn überhaupt so weit gekommen? Ich würde sagen:

Am Anfang war die Entwicklung von der Volksgemeinschaft zur "mobilen Gesellschaft" bis zur "automobilen Gesellschaft". In Europas automobiler Gesellschaft ist Völkerverständigung ein Verkehrsproblem. Dieses Verkehrsproblem jedoch das müssen wir lösen, damit das Volk nicht unter die Räder kommt!

Am Anfang war die Entwicklung von der Volksgemeinschaft zur Industrienation. Im Europa der Industrienationen ist Völkerverständigung eine Handelsware. Wir werden gut verhandeln müssen, weil es uns sonst das Menschsein kostet!

Aber jene Volksvertreter, die derzeit überall für uns verhandeln, haben andere Sorgen. Z.B. wollen sie jetzt die Welt ausstellen, in einer "Expo 95". Mit dem Monsterprojekt einer Weltausstellung wollen die Regierenden Brücken in die Zukunft schlagen. Haben sie aus dem Einsturz der Reichsbrücke in Wien oder der Kufsteiner Brücke nichts gelernt? Brücken in die Zukunft brauchen ein festes Fundament. Das Fundament, für das wir kämpfen müssen heißt: Erhaltung unserer Lebensgrundlagen!

Zur Erhaltung oder Wiederherstellung unserer Lebensgrundlagen werden wir viel Kraft brauchen. Wir werden Energie brauchen, die von innen kommen muß. Ob wir stark genug sind, hängt davon ab, wie reif wir sind. International verordnete "Europareife" ist nicht jene Geisteshaltung, die wir annehmen sollten.

Schon Albert Schweitzer hat "Europareife" abgelehnt, ob Sie es glauben oder nicht. Ich zitiere Albert Schweitzer: "Der Ausdruck "reif" ist mir etwas Unangenehmes. Ich höre dabei Worte wie Verarmung, Verkümmern, Abstumpfung mitklingen. Einer erwirbt sie sich nach dem Vorbild anderer, indem er Stück um Stück die Gedanken und Überzeugungen preisgibt, die ihm in seiner Jugend teuer waren. Er glaubte an den Sieg der Wahrheit, jetzt nicht mehr. Er glaubte an die Menschen, jetzt nicht mehr. Er eiferte für Gerechtigkeit, jetzt nicht mehr. Er konnte sich begeistern, jetzt nicht mehr. Um besser durch die Fährnisse und Stürme des Lebens zu schiffen, hat der "reife" Mensch sein Boot erleichtert. Er warf Güter aus, die er für entbehrlich hielt. Aber es war der Mundvorrat und der Wasservorrat, dessen er sich entledigte. Nun schifft er leichter dahin, aber als verschmachtet Mensch." Ist das nicht genau jener moderne, europareife Mensch, den Schweitzer da charakterisiert?

Albert Schweitzer gibt uns einen Rat, mit dem ich gerne schließen möchte. Er gibt uns einen pädagogischen Rat-schlag, der auch für Umweltschützer gilt. Schweitzer meint:

"Alles Wissen vom Leben, das wir Erwachsenen den Jugendlichen mitzuteilen haben, lautet nicht: "Die Wirklichkeit

wird schon unter euren Idealen aufräumen," sondern:
"Wachset in eure Ideale hinein, daß das Leben sie
euch nicht nehmen kann."

Weitere AFP-INFORMATIONSHEFTE:
(bitte bei den KOMMENTAREN anfordern!)

Dr. Rose Eller: VOM SINNGEHALT DES MÄRCHENS

Elena Sanz-Orrioz: BASKENLAND UND FREIHEIT

Dr. Rose Eller: 800 JAHRE STEIERMARK

Hermann Lehmann: AUSLÄNDERSTOP

Dr. Rose Eller: DIE SCHLACHT AM KAHLENBERG 1683

Wolfgang Strauss: IST EIN ZWEITER 17. JUNI MÖGLICH?

Thor v. Waldstein: DER KRANKE MANN AM RHEIN

Konrad Windisch: REVOLUTION DER SATTEN

Alain de Benoist: DIE DEUTSCHE FRAGE AUS FRANZÖSISCHER SICHT

Herminio Redondo: RÜCKBLICK IN DIE ZUKUNFT

Sammelband: 25 JAHRE KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN

**Brigitte Wehner: EMANZIPATION - DIE BEFREIUNG DER FRAU VON
SICH SELBST**

**Dr. Thor v. Waldstein: DER DEUTSCHE GEIST UND DAS ELENDE DES
KAPITALISMUS**

KOMMENTARE

ZUM ZEITGESCHEHEN

FOLGE 230

MÄRZ 1991